

20.04.2021

Antrag

der Fraktion der SPD

Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren

I. Ausgangslage

Zum Beginn des Wintersemesters 2020/21 hatten wir laut Statistik von IT.NRW 767.095 Studierende in NRW. Dabei entfielen 97.083 Plätze auf Erstsemester. Damit sank die Zahl der Erstsemester um 2,5% im Vergleich zum vorherigen Wintersemester. Das Bundesamt für Statistik wies am 17.03.2021 in einer Pressemitteilung darauf hin, dass es 21% weniger Studienanfänger/-innen aus dem Ausland im Corona-Jahr 2020 bundesweit gegeben hat. Egal ob aus Gründen der Reisebeschränkungen, finanzieller Not oder durch psychologische Hürden - Corona wirkt sich drastisch auf die Möglichkeiten und/oder die Bereitschaft, ein Studium in Deutschland aufzunehmen, aus.

Es sind mittlerweile verschiedene Studien im deutschsprachigen Raum erschienen, die vermehrt Hinweise dafür liefern, dass man sich auf vielen Ebenen der Bekämpfung der Folgen von Corona und den getroffenen Gegenmaßnahmen auf Studierende widmen muss. Die Universität Zürich hat sich dem Thema mit der Studie „«Health in Students during the Corona pandemic (HES-C)“ gewidmet. Als wichtigstes Ergebnis haben die Forscher festgehalten, dass knapp ein Viertel der Studierenden unter moderater bis großer Angst leiden.¹ Zudem kann man in Bezug auf die Vergleichsumfrage ein Jahr zuvor feststellen, dass sich immer weniger Studierende nach eigener Aussage „sehr gut“ oder „gut“ fühlen und der Anteil, der sich „schlecht“ fühlt, verdoppelt hat.²

Eine Untersuchung der Universität Würzburg weist ähnliche Ergebnisse auf. Demnach erleben oder erwarten 57% der 3900 Teilnehmer/-innen der Studie negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre psychische/emotionale Befindlichkeit (61% der weiblichen und 49% der männlichen Studierenden). Dabei gibt die Studie noch einmal den Hinweis, dass nicht alle gleich betroffen sind oder sich betroffen fühlen: „Auch werde klar, dass die Corona-Pandemie nicht alle Studierenden gleichermaßen betrifft [...]. Insbesondere ausländische Studierende und Studierende in Studiengängen mit vielen praktischen Anteilen befürchten negative Auswirkungen durch Corona oder die notwendigen Gegenmaßnahmen.“³

¹ https://www.zhaw.ch/storage/gesundheit/institute-zentren/igw/projekte/studierendengesundheit/2021Jan25-HES-C-Kurzfassung_erste_Studienergebnisse.pdf

² <https://www.zhaw.ch/de/gesundheit/forschung/gesundheitswissenschaften/projekte/studierendengesundheit/#c143905>

³ <https://www.uni-wuerzburg.de/lehre/aktuelles/meldungen/single/news/studieren-in-coronazeiten-2/>

Durch die staatliche Schließung vieler Bereiche wie der Gastronomie, der Event-Branche oder dem Einzelhandel sind zahlreiche Möglichkeiten zur Finanzierung eines „normalen“ studentischen Lebens weggefallen. Nur beispielhaft sei an dieser Stelle die immer noch aktuelle Berichterstattung von Radio Essen vom 15.01.2021 aufgeführt: „Essen und Corona: Studenten und Studentinnen geht das Geld aus“⁴

Ein Jobverlust trifft immer die, die ihn wirklich brauchen. Wie bereits bei den Ausführungen der Universität Zürich angeklungen ist, gibt es auch hier starke Unterschiede. Arbeiterkinder leiden während Corona wesentlich häufiger unter Existenzängsten und Jobverlust als Akademikerkinder. Damit zeigt sich auch in diesem Fall, dass Corona und die getroffenen Gegenmaßnahmen eine starke soziale Komponente besitzen.⁵

Da helfen auch die vom Bund initiierten „Überbrückungshilfen“ nur bedingt. Die Kritik daran reißt nicht ab.⁶ Auch wenn Studierende seit dem 16. Juni 2020 Zuschüsse statt Kredite beantragen können, werden sie im Vergleich zu anderen Arbeitnehmern/-innen, die durch Corona in Kurzarbeit geschickt wurden, weitestgehend im Regen stehen gelassen. Viel Bürokratie, wenig Output und im schlimmsten Fall ein Haufen Schulden. Dabei gab es Vorschläge den Zugang zum BAföG zu vereinfachen und auszuweiten. Sogar ein offener Brief aller politischer Jugendorganisationen aus dem Parteienspektrum des demokratischen Lagers wurden ignoriert.⁷ Die Folgen sind nun zu beobachten.

Auch die Situation auf dem Campus oder dem laufenden Hochschulbetrieb hat sich immens verändert. Die Persönlichkeitsentwicklung ist stark in den Hintergrund gerückt, sozialer Austausch in Form von Lerngruppen auf ein Minimum beschränkt und das „Homeoffice“ wird für viele Studierende zur Einsamkeitsfalle.⁸ Die Universität Hildesheim hat dazu eine Studie mit 3000 Teilnehmern/-innen erstellt.⁹ Die Empfehlungen der Macher/-innen sind klar: „Studieren ist mehr als Qualifizieren. Soziales Leben im Studium und Übergänge ins (erwerbsbiografische) Erwachsenenleben ermöglichen!“

Während die Mobilität zur Reduktion von Kontakten weiter eingeschränkt werden soll, sind Studierende noch immer verpflichtet Mobilitätsbeiträge zu zahlen. Da mittlerweile fast flächendeckend die Lehre mit Hilfe von Online-Vorlesungen abgehalten wird, stellen einige Studierendenvertretungen die Zahlung des Mobilitätsbeitrags in Frage. Wer Mobilität einschränkt oder den Wunsch äußert, dass man sie freiwillig einschränken soll, der muss auch entsprechende Ausgleichsregelungen schaffen.

Eine Veränderung ist, dass das Studium vor allem am heimischen Schreibtisch stattfindet. Vorlesungen, Seminare, Gruppenarbeiten und zunehmend auch Prüfungen finden online statt. Durch die Schließung von CIP-Pools und Bibliotheken an den Hochschulen ist es für Studierende nicht mehr möglich, auf die IT-Infrastruktur der Hochschulen zuzugreifen. Studierende sind auf eigene Endgeräte, Software und eine stabile private Internetverbindung angewiesen.

⁴ <https://www.radioessen.de/artikel/essen-und-corona-studenten-und-studentinnen-geht-das-geld-aus-832744.html>

⁵ https://jusohochschulgruppen.de/content/uploads/2020/07/Studieren-w%C3%A4hrend-der-Covid19-Pandemie_Analyse.pdf

⁶ <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/corona-hilfen-fuer-studierende-hohe-huerden-wenig-geld-a-a1ae9b6b-dcad-4a80-935b-b7f9d4771155>

⁷ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-junge-union-jusos-julis-und-junge-gruene-fordern-bafoeg-oeffnung-a-fc71bc71-d058-42f2-a73c-73e1a94c484d>

⁸ <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/corona-semester-wenn-die-motivation-fuers-studium-schwerfaellt>

⁹ <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1157>

Die Online-Lehrveranstaltungen und -Prüfungen sind mit erheblichem technischen Aufwand verbunden. So benötigen Studierende der RWTH Aachen University für einige Prüfungen gleich zwei Endgeräte, um das eine Endgerät während der Durchführung der Prüfung mit dem anderen zu filmen und zu streamen. Diese Doppelstruktur führt auch zu gesteigerten Anforderungen an die Internet-Bandbreite und die Frage des Datenschutzes ist hier noch nicht einmal in den Fokus gerückt.

II. Der Landtag stellt fest:

- Das Studium ist mehr als nur ein Teil des erwerbsbiografischen Übergangs. Es soll Studierende auch emotional und charakterlich bilden und die Möglichkeit bieten sich selbst zu entwickeln.
- Bisher wurden die Auswirkungen von Corona auf Studierende nicht ausreichend in den Blick genommen und das betrifft alle Facetten des menschlichen Daseins.
- Nebenjobs von Studierenden sichern das Überleben der Studierenden und sind deshalb auch so zu behandeln.
- Ausländische Studierende sind Teil unserer Hochschullandschaft und bedürfen einer entsprechenden Unterstützung gerade in der Krise.
- Bildungsgerechtigkeit entsteht nur durch Chancengleichheit. Das Elternhaus darf keine negativen Auswirkungen auf die Entwicklung eines Studierenden haben.
- Online-Lehre und Online-Prüfungen können nur dann stattfinden, wenn ausnahmslos jedem Studierenden die Teilnahme an solchen Kursen und Prüfungen praktisch möglich ist.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- 1.) Infrastruktur an Hochschulen digital und analog zu erweitern, d.h. aus dem Rettungsschirm einen Sonderfonds für Hochschulen anzubieten, um ausreichend Leihgeräte und Softwareprodukte an allen Hochschulen entsprechend der Nachfrage anbieten zu können - speziell Prüfungsgeräte für Online-Prüfungen.
- 2.) Räume für soziales Leben der Studierenden außerhalb der (digitalen) Lehrveranstaltungen zu schaffen. So muss es Studierenden auch möglich sein, eigenständig digitale Räume für Vernetzung und Austausch anzulegen und die Infrastruktur der Hochschule zu nutzen.
- 3.) Ausbau von Beratungsangeboten zu finanzieren und voranzutreiben. Beratungsangebote müssen im Zuge einer wachsenden Digitalisierung ausgebaut und barrierefreier sein. Hierfür braucht es mehr personelle Kapazitäten. Das betrifft sowohl technische Beratung als auch psycho-soziale oder Studienberatungen. Dies umfasst sowohl die Bereitstellung von mehr Beratungsdienstleistungen durch Lehrende als auch durch andere Fachberater/-innen und Mentoren/-innen oder Studierende (peer-to-peer).
- 4.) Niedrigschwellige Formen finanzieller Unterstützung zu schaffen. Studierende, die infolge der Corona-Krise ihre Nebentätigkeiten verlieren/verloren haben oder deren Eltern infolge der Corona-Krise nicht mehr zu ihrem Unterhalt herangezogen werden

können, müssen einen nicht an Stichtage gebundenen und stark vereinfachten Zugang zum BAföG erhalten. Ein Nachweis über entgangene Einkommen oder ein Antrag auf Kurzarbeit der Eltern muss unverzüglich zum BAföG-Bezug führen. Das Land soll zudem die im Jahr 2020 und 2021 beantragten KfW-Kredite zur Studienfinanzierung aus dem Rettungsfonds in NRW übernehmen und sie als Zuschuss freistellen oder zumindest Studierenden damit BAföG-ähnliche Konditionen für diese bereits gezahlten Gelder bieten.

- 5.) Masterstudierenden in allen pädagogischen, sportlichen und künstlerischen (Lehramts -) Studiengängen, aber zur Bewerbung ggf auch allen Studierenden in Mintfächern, ein Angebot zu unterbreiten, als studentische Hilfskräfte zu arbeiten, die den Schulen zugeordnet werden. Diese Hilfskräfte dienen dazu, Kinder individuell zu fördern und entstandene Lerndefizite auszugleichen. Diese Zeiten werden auf die Schulpraktika angerechnet. Die Vergütung erfolgt aus dem Rettungsschirm des Landes.
- 6.) Die Ermöglichung von Verlängerung der Studienzeiten ohne Benachteiligung zu schaffen. Hier sollten umgehend studierendenfreundliche Regelungen getroffen werden, die eine Verlängerung des Studiums ermöglichen, wenn dies nötig oder gewünscht ist, im besten Falle ohne eine Anrechnung auf die Regelstudienzeit um keine Benachteiligung gegenüber Studierenden aus Präsenzsemestern beispielsweise bei der Vergabe von Stipendien oder bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen.
- 7.) Die Mobilitätsbeiträge des Semesterbeitrags auf Antrag aus dem Rettungsschirm zu übernehmen. Die Unverhältnismäßigkeit zwischen dem Beitrag und den normalen Lebenshaltungskosten unter Berücksichtigung der erschwerten Erwerbssituation soll damit abgemildert werden. So können Corona-Maßnahmen auch in der jüngeren Bevölkerung eine höhere Akzeptanz erhalten.
- 8.) Ein Rückholprogramm für Studienabbrecher/-innen aufzulegen - Ein Projekt, dass kurzfristig im Jahr 2021 aus dem Rettungsschirm finanziell angeschoben, aber mittelfristig aus dem normalen Haushalt finanziert werden soll. Eine überalternde Gesellschaft kann sich keine(n) einzige(n) Abbrecher/-in leisten. Bereits der Rückgang der Studienanfänger/-innen wird langfristig problematische Folgen für NRW mit sich bringen, deshalb müssen alle Studierenden umworben und unterstützt werden, ihr Studium abzuschließen. Zudem müssen kurzfristige psychologische Auswirkungen auf die Studierenden von den Hochschulen mit größter Nach- und Umsicht behandelt werden.
- 9.) In Abstimmung mit dem DAAD und dem Auswärtigen Amt eine Lösung für ausländische Studierende zu finden, damit sich die dramatischen Entwicklungen bei den Studienanfängern aus dem Ausland nicht verfestigen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Dietmar Bell

und Fraktion